



## Mitglieder-Rundbrief 1/ 2019

**Liebe Mitglieder der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik,  
liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen,**

im Februar 2019 wird unsere Partei auf dem Bonner Parteitag das Europawahlprogramm verabschieden. Der Sprecher\*innenrat der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik diskutiert deshalb gegenwärtig darüber, wie linke europäische Behindertenpolitik aussehen muss und mit welchen Forderungen wir in den Wahlkampf ziehen wollen. Denn in Deutschland und in der Europäischen Union ist die volle und wirksame Teilhabe der rund 80 Millionen Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen noch immer nicht gewährleistet. Im Gegenteil: Während Großkonzerne immer höhere Profite einfahren und immer mehr Geld in die Rüstungspolitik gesteckt wird, sind Menschen mit Behinderungen eine der Personengruppen, die in besonderem Maße vom Sozialabbau betroffen sind.



*Der Sprecher\*innenrat auf seiner Klausurtagung im August 2018 in Berlin*

Nicht nur das. Der Ton in der Gesellschaft ist insgesamt rauer geworden. Die drohende Einführung des Bluttests auf Trisomie 21 in die Regelversorgung lässt zum Beispiel befürchten, dass es dabei um eine reine aussondernde Pränataldiagnostik handelt, die die Ängste von schwangeren Frauen vor einer Behinderung des werdenden Kindes verstärken, statt diese abzubauen. Auch die Tatsache, dass immer noch etwa 85.000 Menschen in Deutschland kein Wahlrecht haben und es wohl auch bis zur Europawahl nicht erhalten werden, zeigt: Diskriminierungen aufgrund von Behinderung finden weiterhin

[bag.behindertenpolitik@die-linke.de](mailto:bag.behindertenpolitik@die-linke.de)  
[www.bag-selbstbestimmte-behindertenpolitik.de](http://www.bag-selbstbestimmte-behindertenpolitik.de) - Koordination: Rolf Kohn Tel: 030/24009-440

statt und Grundfreiheiten im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, bürgerlichen oder jedem anderen Bereich werden beeinträchtigt oder sogar vereitelt.

Dabei hat der Großteil der EU-Mitgliedstaaten - inklusive Deutschland - die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) bereits 2009, vor fast zehn Jahren, in geltendes Recht überführt. Für die gesamte EU ist die UN-BRK offiziell am 22. Januar 2011 in Kraft getreten. In diesem völkerrechtlichen Vertrag wird gefordert, für alle Menschen mit Behinderungen eine unabhängige Lebensführung und die volle Teilhabe in allen Lebensbereichen zu ermöglichen. Es sollen also geeignete Maßnahmen geschaffen werden, um den gleichberechtigten Zugang zur physischen Umwelt, zu Transportmitteln, Information und Kommunikation sowie zu anderen Einrichtungen und Diensten, die der Öffentlichkeit in städtischen und ländlichen Gebieten offenstehen oder für sie bereitgestellt werden, zu gewährleisten.

### **Für ein starkes Europäisches Gesetz zur Barrierefreiheit**

Deutschland und die anderen Vertragsstaaten sind von diesem Ziel meilenweit entfernt. Seit 2015 liegt ein Entwurf für den so genannten European Accessibility Act (EAA) vor, einem Europäischen Gesetz zur Barrierefreiheit, über den in einer der kommenden Plenarsitzungen des Europaparlaments abgestimmt werden soll. In diesem Richtlinienentwurf werden die Anforderungen der digitalen Barrierefreiheit an Unternehmen des öffentlichen Interesses beschrieben. Die Forderung nach digitaler Barrierefreiheit lässt jedoch die reale Umgebung, in der Menschen mit Behinderungen leben, außen vor. So wären derzeit Großunternehmen wie eine Telekommunikationsgesellschaft oder ein Energieversorger in der Pflicht, digitale Produkte und Dienstleistungen barrierefrei anzubieten, aber der Großteil der Privatwirtschaft einschließlich Verlage, Online-Shops oder Arztpraxen können so weiter machen wie bisher – manche kümmern sich um Barrierefreiheit, aber viele nicht. Deshalb gibt es harte Kritik von Seiten der Selbstvertretungsorganisationen an diesem Gesetzentwurf. So kritisiert das Europäische Forum von Menschen mit Behinderungen (European Disability Forum - EDF) vor allem den eingeschränkten Geltungsbereich des Gesetzes und wird dabei vom Deutschen Behindertenrat unterstützt. Als BAG befürworten wir die Forderungen der Selbstvertretungsorganisationen von Menschen mit Behinderungen nach einem starken Europäischen Gesetz zur Barrierefreiheit. Wir teilen die Auffassung, dass die EU-Mitgliedstaaten über den Geltungsbereich des Gesetzes hinausgehen müssen, wenn sie wollen, dass sich etwas ändert. Menschen mit Behinderungen müssen den gleichen Zugang zu Orten, Produkten und Dienstleistungen erhalten wie alle anderen. Wir fordern insbesondere Deutschland auf, die Verbesserungen, die durch einen EAA in Bezug auf die Lebensbedingungen der Menschen mit Behinderungen, aber auch aller anderen Menschen erwartet werden, im Rat der Europäischen Union nicht länger auszubremsen.

### **Deutsche Blockade der neuen Gleichbehandlungslinie aufheben**

Seit vielen Jahren geht es auf europäischem Boden darüber hinaus um die Ausweitung der EU-Gleichbehandlungsgesetzgebung, die alle Menschen der Europäischen Union vor Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, der Religion und Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters und der sexuellen Identität schützen soll. Dazu soll eine neue Richtlinie auf den Weg gebracht werden, um einen Schutz vor Diskriminierung außerhalb der Arbeitswelt für alle Menschen in der ganzen EU zu gewährleisten und um gegen eine Hierarchisierung der Diskriminierungsgründe anzugehen.

Doch Deutschland bezweifelt, dass es eine angemessene rechtliche Grundlage für diesen Richtlinienentwurf gebe, und sperrt sich im Rat prinzipiell dagegen, über die Richtlinie auch nur zu reden. Und blockiert so den ganzen Prozess. Deutschland vertritt den Standpunkt, dass die Richtlinie Belastungen für Unternehmen darstellen könnte (insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen). Die finanziellen Bedenken beziehen sich vor allem auf die Zugangsfreiheit und die angemessenen Vorkehrungen für Menschen mit Behinderungen.

Als BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik begrüßen wir den gemeinsamen Appell der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) „Für einheitlichen Diskriminierungsschutz in Europa – Deutschlands Blockade der neuen Gleichbehandlungslinie überwinden“. Diesen Appell hat sie zusammen mit 41 anderen Organisationen und Institutionen an die Bundesregierung gerichtet. Wir fordern, dass Deutschland endlich den Widerstand gegen den Richtlinienentwurf aufgibt, wieder in die Verhandlungen einsteigt und gemeinsam mit den EU-Partnern, mit der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament an einem starken Diskriminierungsschutz für sämtliche Lebensbereiche arbeitet, der für alle Menschen in Europa gilt. Dazu muss Deutschland baldmöglichst mit den Unterzeichner\*innen in einen Dialog treten.

### **Gegen den europäischen Pflegenotstand**

Pflege und Gesundheit stecken europaweit in der Krise. Die Ursache sehen die Sprecher\*innen in den auf Profit und Wettbewerb ausgerichteten gesellschaftlichen Verhältnissen, die sich auch in diesen Bereichen der Daseinsvorsorge immer weiter in Richtung Monopolkapitalismus ausrichten. Dem stellen wir uns entgegen, nicht nur, weil Menschen mit Behinderungen besonders von dieser Entwicklung betroffen sind, sondern weil alle Menschen davon einen Nutzen erzielen. Wir treten ein für einen Mindestlohn in der Altenpflege von 14,50 € und für höhere Löhne durch einen Tarifvertrag, der flächendeckend für alle Pflegekräfte gelten muss. Dabei darf es keine Unterschiede geben, woher die Pflegekräfte kommen. Die Lücken des deutschen Pflegesystems dürfen nicht über Lohndumping von Pflegenden aus dem (innereuropäischen) Ausland gestopft werden.

Als Sprecher\*innen schließen wir uns den Forderungen der Pflegekampagne unserer Partei an und beteiligen uns aktiv daran – insbesondere durch Aufklärungsarbeit und Sichtbarmachung der Probleme. Denn unser Land braucht 100 000 Krankenpfleger\*innen mehr in den Krankenhäusern, um den lebensbedrohlichen Pflegenotstand zu stoppen. Unser Land braucht eine verbindliche Regelung für einen Personalschlüssel, die sich am tatsächlichen Bedarf orientiert. Unser Land braucht mehr Ärzte, mehr Gesundheitszentren und Hebammen, um kürzere Wege und kürzere Wartezeiten zu schaffen. Und unser Land braucht 40 000 Altenpfleger\*innen mehr mit einem verbindlichen Personalschlüssel, der für jede Schicht mehrheitlich Fachkräfte vorsieht.

Genauso dringend ist es aber auch, das Pflege- und Gesundheitssystem barrierefrei zu gestalten – in baulicher und kommunikativer Hinsicht. Wir brauchen ortsnah barrierefreie Krankenhäuser, Arztpraxen, Apotheken und andere Gesundheitseinrichtungen. Wir brauchen eine Pflege, die Menschen nicht ins Heim zwingt, sondern ihnen auch mit Unterstützungsbedarf die gleichen Wahlmöglichkeiten, wie andere Menschen in der Gemeinschaft zu leben, garantiert. Und wir brauchen eine bedarfsgerechte, einkommens- und vermögensunabhängige persönliche Assistenz in jeder Lebenslage und -phase sowie in jedem gesellschaftlichen Bereich.

## **Für die Verwirklichung der Rechte von geflüchteten Menschen mit Behinderungen – in Deutschland und Europa**

Ausgehend vom engen Zusammenhang von steigenden Rüstungsexporten, Krieg und Gewalt auf der einen Seite und der Tatsache, dass es dadurch immer mehr Menschen mit Behinderungen gibt, auf der anderen Seite, haben wir auf unserer Mitgliederversammlung im April dieses Jahres als BAG einen Antrag an den Bundesparteitag im Juni formuliert, der im Herbst vom Parteivorstand beschlossen wurde. Inhaltlich geht es darum, die Hilfe für geflüchtete Menschen mit Behinderungen in Deutschland und in anderen Ländern zu verstärken und dafür zu sorgen, dass die EU-Aufnahmerichtlinie für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge eingehalten wird.

Denn die UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet auch zur Verwirklichung der Rechte von geflüchteten Menschen mit Behinderungen. Doch ihre Lebenssituation in Deutschland und in den anderen Staaten der EU ist von drastischen Problemen geprägt: Es gibt keine einheitlichen Verfahren zur Identifikation besonders schutzbedürftiger Geflüchteter, zu denen Menschen mit Behinderungen gehören. Sammelunterkünfte sind selten barrierefrei und schlecht an das örtliche Unterstützungssystem angebunden. In den ersten fünfzehn Monaten ihres Aufenthalts bleiben geflüchtete Menschen mit Behinderungen über das Asylbewerberleistungsgesetz systematisch unterversorgt – um nur ein paar der größten Probleme zu nennen.

Wir fordern deshalb weiterhin, dass Bund, Länder und Kommunen behinderungsbedingte Bedarfe in der Flüchtlingspolitik systematisch berücksichtigen. Wir fordern, dass die Hilfe für geflüchtete Menschen mit Behinderungen auch in anderen Ländern verstärkt wird. Und dass die EU-Aufnahmerichtlinie für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge eingehalten wird und die vorliegenden Beeinträchtigungen und daraus resultierenden Bedürfnisse schon bei der Aufnahme der Flüchtlinge ermittelt werden.

Eine Anfrage der Linksfraktion an die Bundesregierung ergab, dass diese keine Angaben über den Anteil von Menschen mit Behinderungen bei den Flüchtlingen in Deutschland machen konnte. Dabei fordert die EU-Aufnahmerichtlinie für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge eine Ermittlung der vorliegenden Beeinträchtigungen und daraus resultierenden Bedürfnisse schon bei der Aufnahme der Geflüchteten. Die Monitoringstelle des Deutschen Instituts für Menschenrechte schätzt, dass ca. 15% der in Deutschland lebenden Flüchtlinge beeinträchtigt, zwischen 16 und 55% traumatisiert sind. Der Sprecher\*innenrat wird in Kürze auf der Internetseite (<https://www.bag-selbstbestimmte-behindertenpolitik.de/>) über die konkreten Anträge an den Europaparteitag und unsere Forderungen informieren, mit denen wir in den Wahlkampf ziehen wollen.

Bevor wir Euch im Folgenden unsere Kandidatin für die Europawahlen und unsere Mitglieder des Sprecher\*innenrates vorstellen sowie über verschiedene Aktivitäten der LAGen informieren, möchten wir Euch für das neue Jahr Gesundheit und persönliches Glück wünschen. Uns allen aber wünschen wir ein kämpferisches Jahr, in dem wir in den Kommunal-, Landtags- und Europawahlen unsere behindertenpolitischen Forderungen sichtbar machen können. Möge es uns gelingen, dass viele Menschen mit Behinderungen ein Mandat übernehmen und es wirksam innehaben.

Herzliche und solidarische Grüße

Margit Glasow und der Sprecher\*innenrat der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

## Unsere Europakandidatin Susanne Steffgen stellt sich vor:

### Wo ein Wille ist, ist ein Weg, Wo kein Wille ist, gibt es Ausreden.

Habt Ihr alle bestimmt schon mal gehört? Nach diesem Motto lebe ich mein Leben. Alle sprechen über Europa, ich nicht. Ich möchte Europa leben und erleben.

Ich bin Mitglied einer Gruppe, die ständig wächst. Es ist die Gruppe der Menschen, die mit Einschränkungen leben müssen und/oder pflegebedürftig sind. Laut Statistik leiden bereits über 10 % der Deutschen an körperlichen, geistigen oder psychischen Erkrankungen und gelten damit als eingeschränkt. Das sind über 8 Millionen Menschen in Deutschland. In ganz Europa sind es bereits über 80 Millionen. Wir werden immer älter und somit steigt die Betroffenzahl auch stetig an.

Die UN-BRK ist bestimmt jeder und jedem ein Begriff? Da haben sich sehr viele Menschen sehr viele Gedanken darüber gemacht. Was sicherlich schon mal ein sehr guter Anfangsschritt war. Jedoch muss ich als Betroffene immer wieder erleben, dass es doch manchmal nur ein Stück Papier ist. In der UN-BRK wird unter anderem gefordert, dass jeder Mensch am öffentlichen Leben teilhaben kann. Jedoch spüre ich hier immer wieder die Grenzen, wo das Teilhaben nicht oder nur mit Einschränkungen möglich ist.



Die EU hat es hinbekommen, den Autoführerschein in ganz Europa gültig werden zu lassen. Egal, in welchem Land erworben, der Führerschein ist in allen EU Staaten gültig. Warum bekommen wir es nicht hin, den Schwerbehindertenausweis auch in allen EU Staaten gültig zu machen? Dann könnten alle Menschen mit Einschränkungen Europa viel leichter leben und erleben.

Der Bundesparteivorstand hat im Jahre 2014 ein Teilhabekonzept entworfen, was eine sehr gute, gelungene Arbeit ist. Die Partei bemüht sich, den Inhalt auch umzusetzen. Ich möchte mich nicht bemühen müssen, ich möchte es leben und erleben. Der Bundesvorstand hat beschlossen: Ich zitiere „DIE LINKE sorgt dafür, dass Menschen mit Behinderungen auf allen Ebenen auch als Abgeordnete und Stadträte tätig sind.“ Nun könnt Ihr selbst entscheiden, ob ihr dieses mittragen wollt und es erleben lässt. Oder ob es nur ein

Stück Papier ist und bleibt.

Ich bin ganz klar ein Mensch, der ein Thema bewusst anspricht und umsetzen möchte. Das Leben mit Einschränkungen und Pflege ist mein Spezialgebiet. Hier kenne ich mich gut aus und hier möchte ich für Verbesserungen für alle Betroffenen kämpfen. Die EU-Ebene ist die richtige Ebene dafür. Gebt den Menschen, die pflegebedürftig sind und/oder mit Einschränkungen leben müssen, die Möglichkeit, menschenwürdig selbstbestimmt ihr Leben zu leben.

Vielfach glauben die Wähler\*innen den Politiker\*innen aller Parteien nicht mehr so richtig. Dadurch, dass ich selbst von Einschränkungen betroffen bin und es selbst erleben darf/muss.... gebe ich den Wähler\*innen sehr wohl den Eindruck, dass ich mich glaubhaft für die Behinderten- und Pflegepolitik einsetzen werde und kann - was sicherlich auch sehr viele Stimmen für die Partei bringen wird.

Wir können gemeinsam Ausreden erfinden oder wir gehen den Weg gemeinsam. Lasst uns gemeinsam Europa leben.

[bag.behindertenpolitik@die-linke.de](mailto:bag.behindertenpolitik@die-linke.de)

[www.bag-selbstbestimmte-behindertenpolitik.de](http://www.bag-selbstbestimmte-behindertenpolitik.de) - Koordination: Rolf Kohn Tel: 030/24009-440

## Kommunalwahlen und Europawahlen: Barrierefrei wählen?

DIE LINKE unterstützt und ermuntert Menschen mit Behinderungen zu wählen, bei Wahlen zu kandidieren, ein Amt wirksam innezuhaben und öffentliche Aufgaben auf allen Ebenen staatlicher Tätigkeit wahrnehmen zu können. Dafür brauchen wir Barrierefreiheit. Doch wie barrierefrei sind die Wahlen wirklich? Das wollen wir auch diesmal wissen – bei den Kommunal-, Landtags- und Europawahlen 2019. Denn Barrierefreiheit ist konkret! Jede, jeder von Euch geht wählen. Wir bitten Euch deshalb, zum einen erneut in den Kommunen Anfragen zur Barrierefreiheit von Wahlen, Wahlverfahren, -einrichtungen und -materialien zu stellen und zum anderen zu beobachten und zu dokumentieren, wie barrierefrei die Wahlen tatsächlich ablaufen. Seid Ihr dabei? Dann meldet Euch bei uns.

## Der Sprecher\*innenrat stellt sich vor.

Im April haben wir auf unserer Mitgliederversammlung in Berlin den neuen Sprecher\*innenrat gewählt. Da dies der erste Mitgliederrundbrief seit der Wahl des Sprecher\*innenrates ist, möchten sich die gewählten Mitglieder an dieser Stelle nacheinander (in alphabetischer Reihenfolge) vorstellen:

### André Baumgartner (Bayern)



Ich bin 33 Jahre alt und komme aus Fürth (Bayern). Dies ist meine zweite Wahlperiode im Sprecher\*innenrat und ich danke allen Mitgliedern, die mich auf der Versammlung gewählt haben. Das Ergebnis gab mir Kraft und wir werden wieder viel Arbeit haben, auf die ich mich freue.

Inklusion wird weiterhin das Thema sein, auf das ich meinen Fokus lege. Eine Gesellschaft ohne Ausgrenzung – dafür habe ich auch im Bezirk Mittelfranken kandidiert. Das ist ein Parlament zwischen der kommunalen und der Landesebene.

Für die Behindertenpolitik zu streiten, ist für mich das Schönste, denn kaum eine Bewegung ist so kapitalismuskritisch wie diese. Daher auf erfolgreiche weitere zwei Jahre, in denen wir für eine bessere Gesellschaft kämpfen.

### Sonja Bay (NRW)



Ich bin 66 Jahre alt, seit 1976 verheiratet, ich habe einen Sohn. Wohnhaft bin ich in Hamm/Westf.

Meine Funktionen: Seit 2008 in der Partei DIE LINKE, Mitglied im Sprecher\*innenrat der BAG seit 2016, Sprecherin der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik NRW, Mitglied des Landesratspräsidiums, Mitglied in der Bezirksvertretung Herringen in Hamm.

Meine Schwerpunkte in der politischen Arbeit sind die Behindertenpolitik und die Kommunalpolitik.

[bag.behindertenpolitik@die-linke.de](mailto:bag.behindertenpolitik@die-linke.de)

[www.bag-selbstbestimmte-behindertenpolitik.de](http://www.bag-selbstbestimmte-behindertenpolitik.de) - Koordination: Rolf Kohn Tel: 030/24009-440

## Margit Glasow (Mecklenburg-Vorpommern)

Eine gerechte Gesellschaft, in der sich alle Menschen frei entfalten können, kann nach meinem Verständnis nur eine sozialistische Gesellschaft sein. Deshalb setze ich eine sozialistische Gesellschaft mit einer inklusiven Gesellschaft gleich – eine Gesellschaft ohne Druck, ohne Profitgier, aber voller gerechter Chancen für alle Menschen. Doch Menschen mit Behinderungen können nicht darauf warten, bis die Zeit reif ist für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen. Wir leben jetzt und in dieser kapitalistischen Gesellschaft werden die Unterschiede zwischen Arm und Reich immer größer. Immer mehr Menschen werden von Teilhabe ausgeschlossen – von Bildung, von Arbeit, von Kultur, ja sogar von Gesundheitsversorgung und einem menschenwürdigen Wohnen. Das trifft zuallererst alte Menschen, Menschen mit Behinderungen, Flüchtlinge. Als Sozialistin setze ich mich – unabhängig von irgendwelchen Ämtern – auch in Zukunft dafür ein, dass wir uns nicht auseinanderdividieren lassen, sondern dass wir gemeinsam - unabhängig unserer sozialen oder ethnischen Herkunft, unserer körperlichen Fähigkeiten, unseres Glaubens oder unserer sexuellen Orientierung - für ein besseres Leben kämpfen.



## Florian Grams (Bremen)

Der Kampf gegen die Ausgrenzung von Menschen mit Behinderungen und für ihre volle gesellschaftliche Teilhabe muss immer auch ein Teil des Kampfes gegen jede Form der Ausgrenzung und für eine menschliche und solidarische Welt sein, in der Menschen nicht mehr nach Äußerlichkeiten oder ihrer wirtschaftlichen Verwertbarkeit beurteilt werden. Auch weil sich dies im Kapitalismus nicht durchsetzen lässt, bin ich Sozialist.

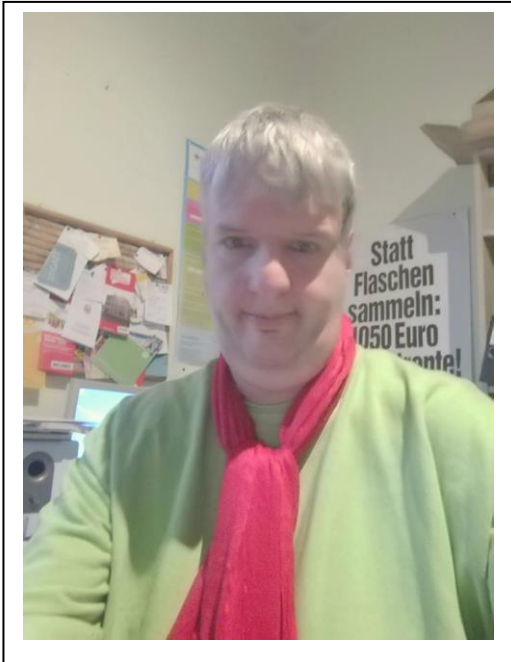


In diesem Sinne engagiere ich mich in der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik in Bremen. Außerdem war ich mehrmals Präsident des Bremer Behindertenparlaments. Als Historiker habe ich mich auch mit der Eugenik und der Diskussion um das Lebensrecht von Menschen mit Behinderungen beschäftigt. Ich freue mich, meine Positionen und meine Fähigkeiten im Sprecher\*innenrat einzubringen

[bag.behindertenpolitik@die-linke.de](mailto:bag.behindertenpolitik@die-linke.de)  
[www.bag-selbstbestimmte-behindertenpolitik.de](http://www.bag-selbstbestimmte-behindertenpolitik.de) - Koordination: Rolf Kohn Tel: 030/24009-440

## Birger Höhn (Sachsen)

Ich wurde am 02.12. 45 Jahre alt und bin seit Geburt ein Mensch mit Autismus. Ich bin gelernte Bürofachkraft und habe bis Ende August 2018 in drei verschiedenen Behindertenwerkstätten gearbeitet. Seit dem 01.09.2018 arbeite ich als Teilhabeberater in der Ergänzenden Unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB) bei der Stadt AG aktives Netzwerk für ein inklusives Leben in Dresden e. V.



Ich bin seit März 2006 Mitglied der LINKEN und beschäftige mich hier schwerpunktmäßig in der Sozial- und Behindertenpolitik. Seit Ende 2016 bin ich Inklusionsbotschafter. Das ist ein Projekt der Interessengemeinschaft Selbstbestimmt Leben e. V., finanziell gefördert von der Aktion Mensch (bis Ende 2019).

Seit 2016 bin ich Mitglied des Sprecher\*innenrates der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik. Mein Ziel ist es, daran mitzuarbeiten, dass wir in Partei und Gesellschaft inklusiver werden und dass Sondersysteme wie Förderschulen, Werkstätten und Wohnheime soweit wie möglich dadurch überflüssig gemacht werden können.

*Birger Höhn – der rote Mann mit dem roten Schal*

## Utz Mörbe (Baden-Württemberg)

Geboren am 8.12.1983 in Stuttgart, Mitglied in der Partei, seit 2005 in der WASG e. V. Linksjugend Zeit

Ich habe die Ortsgruppen Linksjugend Böblingen/ Calw gegründet und in dieser Zeit war ich auch für die Linksjugend im Landesvorstand von der Partei DIE LINKE in Baden-Württemberg für zwei Jahre tätig. Ich habe das bundesweite Programm der Linksjugend sowie die Programme für den Bundestagswahlkampf 2017 und für die letzte Landtagswahl vor drei Jahren in Baden-Württemberg mitgeschrieben.

Ich bin außerdem Mitglied der LAG Friedenspolitik in der Partei Die Linke in Baden-Württemberg und in verschiedenen Bündnissen außerhalb der Partei. Ich bin Erster Vorsitzender im Teilhabebeirat für Menschen mit Behinderung im Landkreis Böblingen und Erster Vorsitzender vom Werkstattatrat von Atrio Leonberg (einer WfbM).

In der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik DIE LINKE bin ich bereits in der vierten Wahlperiode Sprecher.







### **Sonja Thielsen (Schleswig-Holstein)**

Ich bin 35 Jahre jung und lebe im nördlichsten Bundesland Deutschlands, in Schleswig-Holstein – genauer gesagt in Kiel. Ich lerne die Gebärdensprache, da gehörlose und schwerhörige Menschen oftmals der Zugang zur Kommunikation mit hörenden Menschen im Alltag verwehrt bleibt.

Für DIE LINKE. Ratsfraktion Kiel bin ich Mitglied im Beirat für Menschen mit Behinderung in Kiel.

Ich bin Mitglied im Sprecher\*innenrat der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik und im Sprecher\*innenrat der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik Schleswig-Holstein, die sich am 22.04.2018 gründete..

Menschen mit Behinderung haben die gleichen Rechte und Anliegen wie Menschen ohne Behinderung. Dafür lohnt es sich zu kämpfen.

Mein Ziel ist es, dass unsere Partei in Schleswig-Holstein eine inklusive Partei wird. Menschen mit Behinderungen sollen an unserem Parteileben selbstverständlich teilnehmen dürfen, wie jeder andere Mensch auch. Dies bedeutet, dass Dokumente und Veranstaltungen für Menschen mit Mobilitätseinschränkung, mit Seh- und Hörbehinderungen barrierefrei sein müssen. Auch dürfen mehrfach körperbehinderte und seelisch kranke Menschen nicht vergessen werden.

Außerhalb unserer Partei ist mir wichtig, dass die UN-Behindertenrechtskonvention verbindlich im gesamten Bundesgebiet umgesetzt wird.

#### Mitgliedschaften

DIE LINKE Schleswig-Holstein, Kreisverband Kiel (seit Mai 2017)

Beirat für Menschen mit Behinderung (für die LINKE, Ratsfraktion Kiel)

Sprecher\*innenrat der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

Sprecher\*innenrat der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik SH

Beisitzerin im Kreisvorstand, DIE LINKE Kiel

### **Jörn Weichold (Bayern)**



Ich bin 53 Jahre alt, habe zwei Kinder und komme aus Fürstfeldbruck. Dies ist meine erste Wahlperiode im Sprecherrat der BAG.

Funktionen: Sprecher der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik Bayern

Vorsitzender des Behindertenbeirates der Stadt Fürstfeldbruck

Mitglied Partei die Linke seit 2007 und in verschiedenen örtlichen Initiativen

#### Ziele:

- Eine gerechte und soziale, von Ausgrenzung freie Gesellschaft.
- Menschen mit Einschränkungen gegen Diskriminierung im Alltag und bei der - Herstellung möglichst gleicher Lebensverhältnisse zu unterstützen.
- Für inklusive und barrierefreie Lebens- und Arbeitsverhältnisse und gerechte Bildung.

Auf diese Aufgabe freue ich mich.

[bag.behindertenpolitik@die-linke.de](mailto:bag.behindertenpolitik@die-linke.de)

[www.bag-selbstbestimmte-behindertenpolitik.de](http://www.bag-selbstbestimmte-behindertenpolitik.de) - Koordination: Rolf Kohn Tel: 030/24009-440

## **Julia Wolter (Rheinland-Pfalz)**

Meine Behinderung(en) sind nicht sichtbar. Deswegen möchte ich allen Menschen mit unsichtbaren Behinderungen eine Stimme geben und andere Menschen für uns sensibilisieren. Meine Behinderungen bestehen darin, dass ich eine chronische Schmerzkrankung



(Fibromyalgie), Depressionen u. w. psychische Erkrankungen habe und eine leichte Gehbehinderung. Daher ist mir auch ein Blick für Barrieren aller Art intuitiv gegeben.

Ich möchte für alle(s) offen sein, egal welcher Art der Behinderung(en)!

Des Weiteren möchte ich die Belange der Menschen mit Behinderungen mit Sozialleistungen (Hartz IV) & (inklusive) Bildung vermitteln.

## **Und nun aktuelle Berichte aus den Landesarbeitsgemeinschaften:**

### **LAG Mecklenburg-Vorpommern**

*Es berichtet Margit Glasow.*

Die LAG Mecklenburg-Vorpommern führte im September in Neustrelitz eine thematische Mitgliederversammlung zu den neuen Teilhabe-Beratungsstellen durch, die seit Anfang 2018 überall in Deutschland entstanden sind. Dazu lud sie die regional ansässigen Beratungsstellen ein. Dieser Vernetzungsprozess ist außerordentlich wichtig, um die Beratungsstellen bekannt zu machen. Des Weiteren initiierte die LAG im Dezember 2018 anlässlich des Tages der Menschen mit Behinderungen eine Filmvorführung in einem städtischen Kino. Gezeigt wurde der Film „Touch me not“ von Adina Pintilies, der auf der Berlinale mit dem Goldenen Bären ausgezeichnet wurde. Ein großartiger Film, der sich nicht scheut, den Fokus auf Menschen mit Angststörungen und körperlicher Behinderung zu richten und in intimsten Szenen zu zeigen. Die LAG, die schon ähnliche Veranstaltungen in der Kommune durchführte, schafft es auf diese Weise immer wieder, Menschen über die LAG hinaus zu erreichen.

Um die politische Beteiligung von Menschen mit Behinderungen, Senior\*innen und Migrant\*innen in den Kommunen zu erhöhen, stellte die LAG im Oktober auf dem Landesparteitag den Antrag, dass die Landespartei eine parlamentarische Initiative anstößt, um die Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommerns in § 41a zu ergänzen. Neben den Behindertenbeiräten sollen auch Senioren-, Kinder- und Jugend- sowie Migrant\*innenbeiräte in den Räten, Gemeindevertretungen und Kreistagen sowie in deren Ausschüssen Rede- und Antragsrecht sowie das Recht bekommen, Anfragen zu stellen. Die Mitglieder der Beiräte sollen für ihre Tätigkeit in den genannten Gremien Entschädigungen nach den kommunalen Regelungen erhalten. Das umfasst gegebenenfalls auch die Erstattung der Kosten für einen Behindertenfahrdienst. Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit vom Parteitag angenommen und muss nun umgesetzt werden. Das dürfte eine der wichtigsten Aufgaben der LAG Anfang 2019 sein.

### **LAG Sachsen**

*Es berichtet Birger Höhn,*

Die LAG Sachsen beschäftigte sich hauptsächlich mit der von ihr beantragten Einrichtung eines/einer Landesinklusionsbeauftragten. Dieser Antrag wurde vom Landesvorstand aufgegriffen und es gab ein ordentliches Bewerbungsverfahren.

Die von der LAG Sachsen unterstützte Kandidatin hatte versäumt, die Bewerbungsfrist

[bag.behindertenpolitik@die-linke.de](mailto:bag.behindertenpolitik@die-linke.de)

[www.bag-selbstbestimmte-behindertenpolitik.de](http://www.bag-selbstbestimmte-behindertenpolitik.de) - Koordination: Rolf Kohn Tel: 030/24009-440

einzuhalten. So waren es letztlich nur noch zwei Kandidat\*innen, die ihre Bewerbung fristgerecht abgaben. Die Bewerberin Kathleen Noack wurde letztlich mit eindeutiger Mehrheit vom Landesvorstand gewählt.



Seitdem gibt es aus den Reihen des LAG-Sprecher\*innenrates schwere ungerechtfertigte Vor- und Anwürfe gegen die gewählte Bewerberin, die zum Teil jeglicher Grundlage entbehren. Dieser gesamte Vorgang bewog das bisherige LAG-Sprecher\*innenratsmitglied Birger Höhn, mit sofortiger Wirkung auch aus diesem Grund von seinem Amt als LAG Sprecherratsmitglied zurückzutreten. Birger Höhn stellte einen Misstrauensantrag gegen den Sprecher\*innenrat der LAG. Auch die Landesschiedskommission wurde zu der Angelegenheit angerufen. Das Verfahren ist zurzeit noch anhängig. Spätestens bei der ordentlichen Mitgliederversammlung wird der Mißtrauensantrag erneut eingebracht.

Die örtliche AG Inklusion vom linken Stadtverband Dresden unterstützen die neu gewählte Landesinklusionsbeauftragte ausdrücklich in ihrer Arbeit, da es uns darum geht, in der Sache vor allem inhaltlich-thematisch voranzukommen. Dazu hat die AG Inklusion DIE LINKE Stadtverband Dresden die neue Inklusionsbeauftragte zu ihrem „traditionellen“ Sommerpicknick Anfang August in den Dresdner Alaunpark eingeladen. Hier berichtete uns die Inklusionsbeauftragte, dass sie bereits, trotz des relativ kurzen Amtszeitraumes, einiges in die Wege geleitet hat. So hat sie alle Stadt- und Kreisverbände angeschrieben und sich zusammen mit der Landesgeschäftsstelle aktiv um die Barrierefreiheit des kommenden Landesparteitages am 25. August in Hoyerswerda gekümmert. So soll es zum Beispiel neben dem barrierefreien Zugang ein höhenverstellbares Rednerpult sowie einen Nachteilsausgleichsraum geben.

Außerdem hat sich im Zuge und Nachklang des Pfingstcamps der sächsischen Linksjugend und des Bundesparteitages ein erfreulicher Kontaktaufbau zu selbst betroffenen Mitgliedern der Linksjugend ergeben, der auch für die BAG noch ausgebaut werden soll. Am 24.11.18 veranstaltete die LAG einen Fachtag inklusive Bildung. Dieser war, laut Teilnehmer\*innen, sehr gut und informativ.

## **LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik Rheinland-Pfalz**

*Es berichtet Julia Wolter.*

Die LAG Rheinland-Pfalz wurde im August 2017 gegründet. Sie umfasst über 30 Mitglieder. Der Sprecher\*innenrat besteht aus Babara Seid, Wolfgang Nagel, Manfred Wolter und Julia Wolter. Alle LAG Sprecher\*innen sind gleichberechtigt.

Wir haben es uns zum Ziel gesetzt, uns einmal im Quartal zu treffen und dort werden die Sprecher\*innen über unterschiedliche Themen aus der Selbstbestimmten Behindertenpolitik referieren.

Dabei sind folgende Referate vorgesehen:

- den Weg aus den WfBM – Budget für Arbeit von Manfred Wolter (wurde erfolgreich am 02.02.2018 gehalten)
- die Barrierefreiheit von öffentlichen Räumen – Individualverkehr von Barbara Seid (bis auf weiteres verschoben, neuer Termin noch nicht bekannt)

[bag.behindertenpolitik@die-linke.de](mailto:bag.behindertenpolitik@die-linke.de)  
[www.bag-selbstbestimmte-behindertenpolitik.de](http://www.bag-selbstbestimmte-behindertenpolitik.de) - Koordination: Rolf Kohn Tel: 030/24009-440

- ÖPNV von Barbara Seid
- Bildungsinklusion – Kita – Schule – Hochschule von Julia Wolter

Weiterhin versucht die LAG, das Anliegen "Selbstbestimmte Behindertenpolitik" vermehrt in die Partei DIE LINKE und in die kommunalpolitischen Zusammenhänge einzubinden. Diese Referate dienen dazu, unsere eigenen Kompetenzen zu stärken und möglicherweise den Horizont der einzelnen Mitglieder zu erweitern, um in Bezug auf die Selbstbestimmte Behindertenpolitik weitere Aktionen planen zu können. Zu den jeweiligen Vorträgen werden alle Mitglieder der LAG eingeladen.

Des Weiteren war Manfred Wolter als Landessprecher der LAG von DIE LINKE Kaiserslautern zur Podiumsdiskussion „Armut in Deutschland“ als Podiumsmitglied eingeladen. Hier gab Manfred den entscheidenden Hinweis dazu, dass der Zusammenhang von Behinderung und Armut noch frappierender ist und daher Menschen mit Behinderung häufiger von Armut betroffen sind.

Am 09.08.2018 hat Manfred ebenfalls in Kaiserslautern auf der Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Thema „Selbstbestimmt leben in Kaiserslautern?“ auf Einladung der Kreisverbände Kaiserslautern von Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE als Referent teilgenommen. Hier wurden ebenfalls Erfahrungen von anderen Kommunen in Rheinland-Pfalz erörtert. Genau so lag der Fokus auf dem Verbesserungsbedarf für die Betroffenen und was sie sich wünschen. Auf dieser Veranstaltung wirkten u. a. der Landesbehindertenbeauftragte RLP Matthias Rösch von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN) mit.

So bleiben stets Menschen mit Behinderung und die Selbstbestimmte Behindertenpolitik im Fokus und somit gelangt dieses Thema in die Herzen und Köpfe der Menschen. Das Ziel unserer LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik ist, Menschen mit und ohne Behinderungen für die Themen der Behindertenpolitik und Inklusion zu sensibilisieren, damit die Belange von Menschen mit Behinderungen Gehör und Stimme bekommen.

### **LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik in DIE LINKE. Schleswig-Holstein**

*Es berichtet Sonja Thielsen.*

Die LAG stellte an den Landesparteitag im November in Kiel zwei wichtige Anträge. Sie sind erste, wenn auch kleine Schritte in Richtung Inklusion und auf dem Weg zu einer inklusiven Partei. Der erste Antrag beinhaltete die Erhöhung des Jahresbudgets für alle LAGs in Schleswig-Holstein ab dem Kalenderjahr 2019. Der Grund hierfür ist der Nachteilsausgleich für Menschen mit Behinderungen, egal ob Mobilitätseinschränkung oder Menschen mit Hörschäden. Unser Anliegen ist, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt an der Politik der Linken teilnehmen können und nicht am Rande verweilen müssen. Unsere Erfahrung zeigt, dass Menschen sich einem Thema widmen und hier aktiv in einer Arbeitsgemeinschaft mitwirken möchten.

Der zweite Antrag beinhaltete, dass alle Basisdokumente sowohl auf Landesebene als auch in den Kreisverbänden neben der schweren Sprache auch in leichter Sprache, Brailleschrift und als Audiodatei zur Verfügung stehen. Sowohl Parteimitglieder als auch Sympathisanten der DIE LINKE. Schleswig-Holstein sollen unsere Basisdokumente verstehen können. Auch hier spiegelt sich unser Grundsatz wider, dass Menschen mit Behinderungen (hier: Menschen mit Lernschwierigkeiten und Menschen mit Sehbehinderung) gleichberechtigt an unserer Partei teilhaben können und nicht am Rande stehen.

[bag.behindertenpolitik@die-linke.de](mailto:bag.behindertenpolitik@die-linke.de)  
[www.bag-selbstbestimmte-behindertenpolitik.de](http://www.bag-selbstbestimmte-behindertenpolitik.de) - Koordination: Rolf Kohn Tel: 030/24009-440

Beide Anträge gingen fristgerecht beim Landesgeschäftsführer DIE LINKE. Schleswig-Holstein ein. Allerdings versendete der Landesgeschäftsführer alle Anträge zu spät, sodass sie aus formalen Gründen nicht behandelt werden konnten.

Dank der Unterstützung von zwei Genossen aus Lübeck stellten wir einen Initiativantrag, sodass einer der beiden Anträge auf dem Landesparteitag behandelt werden konnte.



Darüber hinaus unterstützen wir als LAG den Aktionstag „**Gelbe Karte für Falschparker**. Sie haben meinen Parkplatz! Möchten Sie auch meine Behinderung?“ Es handelt sich dabei um einen Aktionstag des Sozialverbandes Deutschlands. Er findet immer am 24. August eines Jahres in ganz Schleswig-Holstein statt. Das Ziel dieses Aktionstages ist, Menschen über die Hintergründe aufzuklären, warum es wichtig ist, Parkplätze für Menschen mit Behinderung freizuhalten.

Wir, die LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik innerhalb der Partei DIE LINKE Schleswig-Holstein, haben uns mit einer eigenen Aktion beteiligt. Bei einem großen Einkaufszentrum in Kiel haben wir Falschparkern die gelbe Karte gezeigt und versehen Autos mit der Postkarte zur Aufklärung. Die Reaktionen der Besitzer\*innen der Autos waren recht unterschiedlich. Es gab tatsächlich Menschen, die es gar nicht interessierte. (Wir danken Jörg Schröder, dass er die Bilder geknipst hat.)

### **Ergänzend. Unabhängig. Und volle Teilhabe!**

**Erfahrungen unseres BAG-Sprecherratsmitglieds Birger Höhn in der EUTB Dresden**  
*Es berichtet Birger Höhn.*



Die ergänzenden unabhängigen Teilhabe-Beratungsstellen (EUTB) sind für mich eine der wenigen positiven Verbesserungen, die das Bundesteilhabegesetz – genauer gesagt Reformstufe 2 ab 01.01.18 – mit sich gebracht hat. In Dresden ist eine Beratungsstelle bei der Stadt-AG aktives Netzwerk für

ein inklusives Leben in Dresden e. V. angesiedelt. Das ist ein Zusammenschluss verschiedener Verbände. Darunter auch die Wohlfahrtsorganisationen, aber natürlich auch Betroffenenverbände.

Dadurch, dass die Stadt-AG neue Räume für das Projekt anmieten musste und sich die diesbezüglichen Umbauarbeiten dieser Räume hingezogen haben, konnte die Beratung erst so richtig ab dem 01.08.18 starten. Seit dem 01.09.18, sozusagen in einer zweiten Einstellungsphase, bin ich in dieser EUTB-Teilhabeberatung auf geringfügiger Basis (35 Std./Monat, 450 € Job) angestellt.

Es macht mir sehr viel Spaß, dort zu arbeiten. Wir sind ein Team von mittlerweile sieben Berater\*innen, wovon sechs eine Behinderung haben. Die Anzahl der Beratungen schwankt noch, mal sind es in einer Woche 12 Beratungen, dann aber auch in der anderen Woche wieder nur zwei. Ich selbst habe mittlerweile bei drei Beratungen mitgewirkt. Meine eigenen Themenschwerpunkte sind dabei natürlich Beratungen für Autist\*innen (oder Angehörige) und zum Persönlichen Budget.

Alle Teilhabeberater\*innen müssen die Grundqualifizierung absolvieren. Dazu gibt es von

[bag.behindertenpolitik@die-linke.de](mailto:bag.behindertenpolitik@die-linke.de)  
[www.bag-selbstbestimmte-behindertenpolitik.de](http://www.bag-selbstbestimmte-behindertenpolitik.de) - Koordination: Rolf Kohn Tel: 030/24009-440

der Fachstelle Teilhabeberatung, die die Projekte im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung begleitet, entsprechende deutschlandweite Termine bzw. Fortbildungen. Für jede Beratung muss eine statistische Dokumentation angefertigt werden, die dann ebenfalls an die Fachstelle Teilhabeberatung abgeschickt wird. Das Projekt muss einfach in Dresden noch bekannter werden. Dazu haben wir Flyer erstellt, die derzeit in Dresden verteilt werden und bei entsprechenden Stellen ausgelegt werden. Da wir erst seit 01.08.18 so richtig begonnen haben, befindet sich manches noch im Aufbau. Auch das Team von unseren sieben BeraterInnen, davon übrigens fünf Frauen und zwei Männer, muss sich noch finden, da wir zwar alle eine Behinderung haben, diese aber zum Teil aber sehr unterschiedlich sind. In regelmäßigen Abständen finden Supervisionen statt. Und einmal im Monat eine Dienstberatung. Denn da wir zum Teil sehr unterschiedliche Arbeitsverträge, was das zeitliche Ausmaß angeht, haben, sind logischerweise nicht immer alle Berater\*innen zeitgleich anwesend. Das wäre auch alleine aus platzmäßigen Gründen (die Beratungsstelle bietet Platz für 4 Arbeitsplätze) nicht möglich.

Ein Teil unserer Öffentlichkeitsarbeit besteht auch im Austausch und der Vernetzung mit anderen Teilhabe-Beratungsstellen. Das ist in Sachsen noch im Aufbau. Mit einzelnen Beratungsstellen gibt es dies aber bereits. Außerdem habe ich persönlich darüber hinaus Kontakt zu den Teilhabe-Beratungsstellen in Kiel, Ostholstein und durch Margit Glasow auch nach Rostock.

Ein weiterer Teil unserer Öffentlichkeitsarbeit besteht zum Beispiel darin, auf Fachtagen präsent zu sein. So waren wir am 23.10. auf dem Fachtag der Lebenshilfe Sachsen zum Thema Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Sachsen. Hier wurde deutlich, dass zum einen die Teilhabe-Beratungsstellen noch viel bekannter gemacht werden müssen. Aber, diese Bemerkung sei mir zum Schluss gestattet, es wurde auch viel Erschreckendes bekannt. So zum Beispiel, dass es die Lebenshilfe Sachsen bisher nicht geschafft hat, sich zum Budget für Arbeit zu positionieren, obwohl es seit dem 01.01.18 gilt.

## **24. Bremer Behindertenparlament hat getagt**

*Es berichtet Florian Grams.*

„Butter bei die Fische“: Bremen und Bremerhaven vor der Wahl – und was kommt dann?“ Unter diesem Motto fand am 29. November das 24. Bremer Behindertenparlament statt. Einen Schwerpunkt der Beratungen der rund 300 Aktiven der Bremer Behindertenbewegung bildete die Beschlussfassung über Wahlprüfsteine für die kommende Bürgerschaftswahl. Die beschlossenen 37 Fragen zur Behindertenpolitik liegen nun den Parteien vor – und es wird sich zeigen, wer wirklich an der Seite einer selbstbestimmten Behindertenpolitik steht.

In den Beschlussvorschlägen standen Forderungen nach einem auskömmlichen Lohn für Werkstattbeschäftigte oder die finanzielle Absicherung der Selbstvertretung der Werkstattbeschäftigten im Mittelpunkt. Die LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik Bremen wollte vom Senat wissen, welche konkreten Schritte zum Abbau von stationären Wohneinrichtungen gegangen werden. Dieses Interesse wurde von den Behindertenparlamentarier\*innen geteilt, denn der Antrag „Selbstbestimmtes Leben ermöglichen – keinen Menschen alleine lassen!“ fand eine breite Mehrheit.

Im Jahr 2019 wird das Behindertenparlament 25 Jahre alt. Hier gibt es eine Tradition einer selbstbewussten Behindertenbewegung, die wir aktiv mitgestalten und fortsetzen wollen.

[bag.behindertenpolitik@die-linke.de](mailto:bag.behindertenpolitik@die-linke.de)

[www.bag-selbstbestimmte-behindertenpolitik.de](http://www.bag-selbstbestimmte-behindertenpolitik.de) - Koordination: Rolf Kohn Tel: 030/24009-440

## **Kandidatur von André Baumgartner für den mittelfränkischen Bezirk.**

*Es berichtet André Baumgartner.*

Zehn Monate dauerte der Wahlkampf, von Aufstellung als Direktkandidat über Listenaufstellung in Mittelfranken bis zur Wahl.

Leider reichten meine Stimmen nicht. 5.699 Stimmen, davon 5.062 Erststimmen. Diese lange Zeit war auch gefühlsmäßig ein auf und ab. Man muss sich behaupten und seine Politik vertreten. Dazu kommen Rangeleien, weil viele kandidieren wollen und das so weit oben wie möglich. Dazu kommen auch die Abstimmungsverfahren, über die Wahlprogramme.

So konnten wir (die LAG und ich als Landesteilhabbeauftragter) verhindern, dass der behindertenpolitische Teil „Inklusion: Alle machen mit“ benannt wird, sondern „Selbstbestimmung und Teilhabe für Menschen mit Behinderung“. Dass dies richtig und wichtig war, stellte ich im August im Sommercamp in Duderstadt fest. In Gesprächen mit Betroffenen wurde mir mehrfach erwähnt, dass solche Benennungen auch wahlentscheidend sind. Viele Betroffene sagten: „Mit der Überschrift würde ich euch nicht wählen, weil ich mich nicht ernst genommen fühlen würde.“

Die Umbenennung gelang uns auf dem Landesparteitag gegen die Stimmen der amtierenden Bezirksräte und des Landesvorstandes. Die vielen Infostände haben echt Spaß gemacht. Ich wurde zu einem fast zweistündigen Radiointerview eingeladen. Durch meine Zeit beim Fürther Behindertenrat kannten mich einige, die sagten, dass sie sich früher nicht mit der Linken beschäftigten, aber sie kennen mich und wofür ich stehe, deswegen wählen sie jetzt Links.

Fazit: Es war eine tolle Erfahrung, die ich nur weiterempfehlen kann. Steht zu euren Themen, damit seid ihr glaubwürdig und beißt euch durch. Die Behindertenpolitik gehört uns und niemand vertritt sie so wie Selbstbetroffene.

## **Konferenz "Eine Zukunft ohne WfbM - ist das möglich?"**

*Es berichtet Rolf Kohn.*



Am 28. und 29. September fand in Köln die Konferenz zur Zukunft der Werkstätten für Menschen mit Behinderungen (WfbM) statt. Eingeladen hatten die beiden Fraktionen der LINKEN in den Landschaftsverbänden und die BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik. Mehr als 80 Menschen nahmen teil. Viele Beschäftigte, Werkstatträte und Frauenbeauftragte aus der WfbM - diskutierten über die Themen Rente, Entgelt und Arbeitsvertrag in der WfbM.

Die Vorstellungen und Forderungen der Partei DIE LINKE sind hier relativ klar: Wir brauchen einen Mindestlohn/Tariflohn in der WfbM, Arbeitsvertrag und eine gute Mindestrente für Alle. Aber: wie kommen wir dahin? Welche Schritte können wir gehen? Ist eine Finanzierung eines ordentlichen Lohnes möglich? Wie schaffen wir es, die Schutzräume für Menschen mit Behinderungen zu erhalten?

[bag.behindertenpolitik@die-linke.de](mailto:bag.behindertenpolitik@die-linke.de)  
[www.bag-selbstbestimmte-behindertenpolitik.de](http://www.bag-selbstbestimmte-behindertenpolitik.de) - Koordination: Rolf Kohn Tel: 030/24009-440

Viele Fragen und Anregungen gab es in den Arbeitsgruppen, viele Nachfragen bei den Vorträgen. Und eins wurde schnell klar: Nur wenn wir die allgemeine Arbeitswelt verändern, entschleunigen und barrierefrei machen, dann kann es eine inklusive Arbeit geben. Matthias Birkwald, unser rentenpolitischer Sprecher in der Bundestagsfraktion, erläuterte das Konzept für eine Mindestrente – die auch den Beschäftigten in der WfbM zugute kommen würde. Sören Pellmann, unser behindertenpolitischer Sprecher, berichtete über die Aktivitäten unserer Fraktion im Bundestag zu behindertenpolitischen Fragen und zur Inklusion.

Von der Konferenz wird es eine zusammenfassende Dokumentation in Leichter und Schwerer Sprache geben. Ziel ist es, dass jede(r) in seinem Arbeitsbereich mit der Broschüre argumentieren und arbeiten kann.

### **Sommercamp des ISL e. V. in Duderstadt**

*Es berichten Birger Höhn und André Baumgartner.*

Vom 12. - 17. August waren Birger Höhn und André Baumgartner Teilnehmer im Sommercamp des ISL e. V. in Duderstadt. Sie berichten von einer sehr gelungenen und politischen Zeit dort.

Es waren 120 Teilnehmer vor Ort, die das breite Angebot an Aktivitäten nutzten - von kreativen Aktionen über Diskussionsangebote bis zu Selbsthilfenaufklärungen war alles vertreten.

Birger trug (auf Wunsch von Teilnehmern sogar mehrmals) aus seinem Buch vor und André führte eine Diskussionsrunde zum Thema Inklusion und Behindertenpolitik. Beides war sehr gefragt.

Die Zeit im Sommercamp war kurz und dementsprechend die Gespräche intensiv. Sie konnten eine Teilnehmerin auch neugierig machen, die nun überlegt, sich als Parteilose der BAG und der LAG Schleswig-Holstein anzuschließen.

### **Mitgliederversammlung der LAG Nordrhein-Westfalen mit Wahlen und Lesung von Birger Höhn**



*Es berichtet Rolf Kohn.*

Am 20. Oktober fand in Dortmund die Mitgliederversammlung der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik NRW statt.

Es wurden die Delegierten der LAG für den Landesparteitag und den Landesrat gewählt.

Der Höhepunkt der Versammlung war die Lesung von Birger Höhn aus seinem Buch „Auf dem Weg zu mir selbst – Innenansichten eines Menschen mit Autismus“. Hier gab es einen regen Austausch und es wurden neue Projekte geschmiedet.